RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses
für Wissenschaft
Frau Marion Schneid, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/6152
VORLAGE

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

18. Juli 2024

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0102-0005#2023/0015-1501 MB Bitte immer angeben!		Lucas Muth lucas.muth@mwg.rlp.de	06131 16-2871 06131 16-2997

26. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 04.07.2024

TOP 3 : „Europäischer Hochschulraum: Ministertreffen in Tirana am 29./30. Mai 2024“
Antrag der Fraktion der AfD
nach § 76 Abs. 2 GOLT - V 18/5856 –
hier: schriftliche Berichterstattung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der o. g. Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Am 29. und 30. Mai 2024 fand in Tirana in Albanien die 12. Konferenz der für Wissenschaft zuständigen Ministerinnen und Minister des Europäischen Hochschulraums statt. Die Länder wurden durch Minister von Weizsäcker aus dem Saarland vertreten. Für den Bund nahm der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Dr. Jens Brandenburg, teil.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Verabschiedung des gemeinsamen Communiqués, die Aussprache zu den im Implementation Report aufgegriffenen Themen sowie die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb des Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Global Policy Forums.

Mit Blick auf die im Antrag herausgestellten Aspekte kann zusammenfassend Folgendes berichtet werden:

Hinsichtlich der Rolle des Hochschulsektors für Demokratie wird im Rahmen des Tirana Communiqués das gemeinsame Verständnis bekräftigt, dass Hochschulen im Europäischen Hochschulraum sichere Räume der Offenheit und Vielfalt darstellen. Sie haben die Aufgabe, durch Lern-, Lehr- und Forschungsaktivitäten kritische Denkweisen, Toleranz, Gewaltlosigkeit, einen wissenschaftsbasierten Dialog und den friedlichen Austausch unterschiedlicher Perspektiven zu fördern.

Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil von Demokratie und ein gut funktionierender Europäischer Hochschulraum hängt vom Schutz und der Förderung akademischer Grundwerte ab. In einer gemeinsamen Stellungnahme im Anhang des Communiqués bekennen sich die am Europäischen Hochschulraum beteiligten Länder daher zu sechs Grundwerten. Diese sind im Einzelnen: die Wahrung der akademischen Freiheit, die akademische Integrität durch die Einhaltung von ethischen und fachlichen Grundsätze und Normen, die institutionelle Autonomie der Hochschulen, die Beteiligung der Studierenden und des Personals an der Hochschulleitung, die gesellschaftliche Verantwortung für die Hochschulbildung sowie die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulbildung.

Bislang war ausschließlich die akademische Freiheit in einer gemeinsamen Erklärung adressiert worden – das gemeinsame Verständnis grundlegender akademischer Werte im Europäischen Hochschulraum wurde somit deutlich erweitert. Der Implementation Report soll künftig auch den Umsetzungsstand dieser Grundwerte berichten und darlegen, inwieweit diese im Europäischen Hochschulraum eingehalten werden. Um die Umsetzung dieser Prinzipien zu verfolgen, soll die Bologna-Follow-Up-Gruppe auf der nächsten Konferenz der für Wissenschaft zuständigen Ministerinnen und Minister 2027 berichten.

Mit Blick auf Künstliche Intelligenz wurde beschlossen, dass der verantwortungsbewusste und reflektierte Einsatz von KI im Lernen und Lehren sowie in der Forschungspraxis stärker unterstützt werden soll. Insbesondere wurde auf die Berücksichtigung von ethischen Überlegungen bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI im Europäischen Hochschulraum hingewiesen. Es wurde angeregt, dass die Länder und ihre

Hochschuleinrichtungen stärker zusammenarbeiten sollen, um gemeinsame Konzepte für den Umgang mit neuen technologischen Entwicklungen wie KI zu entwickeln und sich mit Herausforderungen wie Desinformation auseinanderzusetzen. Die Bologna-Follow-Up-Gruppe wurde in diesem Zusammenhang aufgefordert, die längerfristigen Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Hochschulbildung im Europäischen Hochschulraum einschließlich der Künstlichen Intelligenz in ihren Aktivitäten zu berücksichtigen – dies betrifft auch den Einsatz der Instrumente des Bologna-Prozesses.

Abschließend haben die beteiligten Länder ihr Bekenntnis erneuert, die Hochschuleinrichtungen weiter dabei zu unterstützen, ihren Beitrag zu der Umsetzung der Sustainable Development Goals zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch